

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

KRISE DER DEMOKRATIE

Analysen und Antworten der
Sozialistischen Partei Frankreichs

Éric Kerrouche
Juni 2022



Frankreichs Demokratie ist in der Krise. Sie ist von einem dramatischen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen erfasst. Diese erweisen sich als wenig geeignet für eine partizipative und deliberative politische Praxis.



Angesichts dieser Vertrauenskrise der Demokratie setzen die französischen Sozialist_innen auf eine stärkere und dauerhafte Einbindung der Bürger_innen in die politische Entscheidungsfindung.



Darüber hinaus treten sie für eine Modernisierung der Machtausübung und ein besser austariertes institutionelles Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive ein.

KRISE DER DEMOKRATIE

Analysen und Antworten der Sozialistischen Partei Frankreichs



Frankreichs Demokratie ist in der Krise. Sie ist geprägt von einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen. Die Distanzierung zwischen Politik und Bevölkerung äußert sich in einer wachsenden Wahlenthaltung gleichermaßen wie in gewalttätigen Protesten oder dem Entstehen neuer Bewegungen am Rande des politischen Systems wie die der »Gelbwesten«, die dessen Spielregeln in Frage stellen. Überlagert wird diese Vertrauenskrise zudem von einer funktionellen Krise der Institutionen, die sich in vielerlei Hinsicht als ungeeignet erweisen für eine partizipative und deliberative politische Praxis.



Angesichts dieser Vertrauenskrise der Demokratie setzen die französischen Sozialist_innen auf eine stärkere und dauerhafte Einbindung der Bürger_innen in die politische Entscheidungsfindung. Ihr Ziel ist sowohl eine zwischen Exekutive und Legislative »geteilte« Demokratie als auch eine Demokratie der »Mitgestaltung«. Dazu wollen sie bestehende Hindernisse für die Beteiligung ausräumen und neue Instanzen der Beteiligung wie einen »Rat der Zivilgesellschaft« schaffen. Darüber hinaus treten sie für eine Modernisierung der Machtausübung und ein besser ausbalanciertes institutionelles Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive ein.



Dies erfordert eine »Entpräsidialisierung« der Exekutivmacht und eine Aufwertung der parlamentarischen Debatte. Institutionelle Reformen erscheinen den Sozialist_innen zwar nicht ausreichend für die Revitalisierung der französischen Demokratie, jedoch sehen sie darin eine Voraussetzung für deren Regeneration.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

KRISE DER DEMOKRATIE

Analysen und Antworten der
Sozialistischen Partei Frankreichs

30 Jahre nach der Euphorie über den Fall der Berliner Mauer ist in Frankreich die Illusion vom endgültigen Triumph des europäischen Modells der liberalen Demokratie der bedrückenden Feststellung gewichen, dass die Demokratie versagt hat, entkräftet ist und von allen Seiten in Frage gestellt wird. Es ist noch untertrieben zu sagen, dass sich die französische Demokratie in jeder Hinsicht in einer Krise befindet. Das Misstrauen der Französinnen und Franzosen gegen die Demokratie ist deutlich ausgeprägter als das der Deutschen. In Frankreich sind 55 Prozent der Ansicht, dass ihre Demokratie nicht gut funktioniere. In Deutschland liegt dieser Anteil nur bei 32 Prozent¹. Außerdem ruft die Politik bei 77 Prozent der französischen Befragten negative Gefühle hervor.

Dabei äußert sich die Vertrauenskrise der Demokratie auf verschiedene Weisen:

Zum einen spiegelt sie sich in der zunehmenden Wahlenthaltung wider. Die Wahlenthaltung ist zu einem strukturellen Problem geworden, wird aber auch bewusst als politisches Ausdrucksmittel genutzt. Ebenso ist die Bereitschaft in der französischen Bevölkerung, Gewalt als legitimes Mittel des politischen Ausdrucks zu betrachten, deutlich stärker ausgeprägt als bei den Deutschen. Der gewalttätige Protest erscheint als legitime Antwort auf ein politisches System, das die unmittelbaren Erwartungen der Bürger_innen nicht erfüllt und ihre Lebensbedingungen nicht verbessert. Die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen werden an den Rand eines politischen Systems gedrängt, das ihnen immer ferner erscheint. Zum anderen äußert sich die Distanzierung zwischen Politik und Bevölkerung darin, dass alternative Bewegungen am Rande des politischen Systems entstehen, die sich weigern, nach dessen Spielregeln zu spielen, wie zum Beispiel die Gelbwesten. Schließlich zeigt sich die Krise auch in der harten Beurteilung der politischen Vertreter_innen: Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht um die Bürger_innen des Landes zu kümmern (vier von fünf Französinnen und Franzosen empfinden das so) oder korrupt zu sein (65 Prozent sind dieser Meinung). Es lässt sich also eine zunehmende Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den gewählten Vertreter_innen – mit Ausnahme der Bürgermeister_innen – beobachten.

Die Vertrauenskrise gegenüber den politischen Vertreter_innen wird zudem von einer funktionellen Krise der französischen Institutionen überlagert, wobei sich beide Krisen gegenseitig verstärken. Auch wenn dies keine vollständige

Erklärung ist, so kann man doch davon ausgehen, dass das institutionelle Gefüge in Frankreich zum Teil für diese Situation verantwortlich ist. Während das deutsche Grundgesetz, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter besonderen Umständen konzipiert wurde, sich als ein dauerhaftes Fundament für die Bundesrepublik erwiesen hat, war die 1946 entstandene Vierte Französische Republik nicht von einer vergleichbaren Dauer. Bereits 1958 wurden die französischen Institutionen vor dem Hintergrund einer großen Krise von Grund auf überarbeitet. Ziel war es, die »Schwächen« der Vierten und auch der Dritten Republik zu beseitigen, denn diese wurden als eine der Ursachen für die chronische Instabilität der Regierung betrachtet.

Die mit der Verfassungsreform von 1958 entstandene Fünfte Republik ist zwar das stabilste System in Frankreich seit 1789, gleichwohl stößt die Funktionsfähigkeit der französischen Institutionen aus mehreren Gründen an ihre Grenzen:

- Die schon im ursprünglichen Verfassungstext herausgehobene Stellung des Präsidenten hat sich mit der Einführung der Direktwahl noch verstärkt. Die Direktwahl wurde 1962 durch ein Referendum beschlossen, und seit 1965 wird der Präsident für eine Amtszeit von sieben Jahren – seit 2002 verkürzt auf fünf Jahre – vom französischen Volk direkt gewählt.
- Die Verfassung von 1958 steht für einen »rationalisierten Parlamentarismus«, der die Zuständigkeiten des Parlaments gegenüber der Exekutive beschränkt. Durch zahlreiche Regelungen begrenzt sie den Spielraum der Abgeordneten, insbesondere in der Nationalversammlung.
- Der französische Verfassungstext hatte zum Ziel, die Macht der Parteien und die politische Instabilität, insbesondere der Vierten Republik, zu bekämpfen. Abgesehen vom Ausnahmefall der Cohabitation² haben seit 1965 der Präsident und die Mehrheit in der Nationalversammlung die gleiche politische Ausrichtung, was angesichts der Machtfülle und der unmittelbaren Legitimierung des Präsidenten zu Lasten der Legislative geht.
- Die Reduzierung der Amtszeit auf fünf Jahre durch die Verfassungsreform von 2002 und die damit einhergehende Verschiebung des Wahlkalenders haben das Machtungleichgewicht zwischen Präsidenten und Parlament weiter verstärkt. Seither finden die Parlamentswah-

¹ Die Daten stammen aus der 12. Befragung im Rahmen des »Barometers des politischen Vertrauens« des französischen Forschungszentrums CEVIPOF von Februar 2021.

² Die »cohabitation« bezeichnet eine Phase, in der der direkt gewählte Präsident und die stärkste Fraktion in der Nationalversammlung unterschiedlichen Lagern angehören.

len unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen statt, was dazu führt, dass die Präsidentschaftswahl die Parlamentswahl überschattet und diese zu einer reinen Bestätigungswahl geworden ist.

Das politische System Frankreichs erscheint in vielerlei Hinsicht instabil und für Zusammenarbeit, Diskussionen und Kompromisse völlig ungeeignet. Diese Schwäche wurde noch verschärft in der ersten Amtszeit von Emmanuel Macron, in der das System weiter in Richtung eines Präsidentschaftsregimes abgedriftet ist. Macron hält die vermittelnden Körperschaften auf Distanz, betrachtet den gesellschaftlichen Dialog und die parlamentarische Auseinandersetzung mit Argwohn und flüchtet sich stattdessen in einen direkten Austausch mit französischen Bürger_innen. Dieser Austausch ähnelt allerdings eher einem plebiszitären Machtspiel als einem echten Bürgerdialog.

Das Prinzip der repräsentativen Demokratie hat in der französischen Tradition einen hohen Stellenwert, dagegen wird die direkte Partizipation eher mit Argwohn betrachtet. Das demokratische Leben in Frankreich ist geprägt von einem juristischen und institutionellen Ansatz, bei dem es in erster Linie auf den formalen Entscheidungsprozess ankommt, während sowohl die Herausbildung kollektiver Entscheidungen als auch deren Umsetzung vernachlässigt werden. So muss eine »starke« Demokratie in Frankreich erst noch entwickelt werden. Denn eine zwischen Exekutive und Legislative »geteilte« Demokratie, eine Demokratie der »Mitgestaltung«, eine Demokratie der »Debatten« und der »Einigung« – das alles sind Begriffe, die bisher der politischen Kultur Frankreichs weitgehend fremd sind. Was den partizipatorischen Gehalt dieser Demokratie angeht, so reduziert er sich bisher allzu oft auf eine bloße Anhörung, die den Bürger_innen einen Platz am Rande des staatlichen Handelns zuweist. Noch viel zu selten eröffnet das französische politische System den Bürger_innen neben dem Wahlrecht weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Auch wenn es auf kommunaler Ebene durchaus einzelne innovative Ansätze der Bürgerbeteiligung gibt, bleiben diese überwiegend auf den Wahlakt beschränkt. Die Rolle der immer besser gebildeten und informierten Bürger_innen darf aber nicht auf die Rolle eines »Komparsen der Demokratie« reduziert werden, dessen einzige Funktion darin besteht, in regelmäßigen Abständen bei Wahlen oder punktuell im Rahmen von Referenden seine Stimme abzugeben.

Um die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu beruhigen, bedarf es also einer neuen demokratischen Kultur und Praxis. Die dafür erforderliche kulturelle Revolution ist eine Herausforderung, die sich die Sozialistische Partei auf ihre Fahnen geschrieben hat. Sie kann sich dabei auf ihre traditionelle Verbundenheit mit der republikanischen Verfassung des Staates, das lokale Engagement und ihre Strategie der gesellschaftlichen Transformation durch soziale Mobilisierung berufen.

Eine institutionelle Reform allein wird die Krise der französischen Demokratie allerdings nicht lösen können. Darüber hinaus muss sich auch das politische Handeln entsprechend

anpassen. Dazu müssen wir einerseits unsere Demokratie »demokratisieren«, indem wir eine »ständige Demokratie« herstellen, die die direkte Bürgerbeteiligung als soziale Bewegung wertschätzt. Und wir müssen unser politisches System derart umgestalten, dass die Macht des Präsidenten begrenzt und die des Parlaments gestärkt wird.

1 DIE DEMOKRATIE »DEMOKRATISIEREN«: BÜRGER_INNEN UND DEMOKRATIE ERNST NEHMEN

Die Sozialist_innen setzen sich zum Ziel, die öffentliche Debatte zu demokratisieren. Das ist in Frankreich sowohl in den Entscheidungsinstanzen als auch in der Öffentlichkeit dringend notwendig. Davon ausgehend, dass die partizipatorische und die repräsentative Demokratie sich nicht voneinander ausschließen, sind sie davon überzeugt, dass die Einbindung der Bürger_innen in die politische Entscheidungsfindung eine der großen Herausforderungen der Demokratie des 21. Jahrhunderts ist. In jedem Fall ist die Stärkung der Bürgerpartizipation für die französischen Sozialist_innen eine politische Priorität.

Es gilt aber auch, sich der Realität zu stellen: Nicht alle Bürger_innen interessieren sich für Politik, und das Phänomen eines »verdeckten Zensuswahlsystems« (»cens caché«), d. h. dass sich Bevölkerungsschichten mit geringerem kulturellem Kapital selbst von der politischen Teilhabe ausschließen, besteht fort. Ebenso sind weiterhin bestimmte soziale, berufliche oder sogar generationsbedingte Hürden für die politische Beteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen wirksam. Dasselbe gilt für den Zugang zu politischen Ämtern. Es ist die Aufgabe der Sozialist_innen, diese Hindernisse zu beseitigen. Dafür müssen drei Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht werden: Das erste bezieht sich auf »technische« Aspekte der Demokratie, die die Beteiligung vorprägen (Wählerregistrierung, Briefwahl etc.). Das zweite Maßnahmenpaket zielt auf eine Ausweitung des Wahlrechts ab (Herabsetzung des Mindestalters, Wahlrecht für Ausländer_innen) und ein drittes soll schließlich gewährleisten, dass alle Bürger_innen sich als Akteur_innen der Demokratie wahrnehmen.

1.1 Modernisierung der Demokratie

Aus »technischer« Sicht geht es darum, die politische Meinungsäußerung zu erleichtern und alle politischen Ausdrucksformen anzuerkennen. So treten die Sozialist_innen zum Beispiel dafür ein, durch eine automatische Registrierung in die Wählerlisten, die zudem lebenslang gilt, dazu beizutragen, die in Frankreich verbreitete Fehlregistrierung in den Wählerlisten zu begrenzen. Ebenso wollen sie das Wahlrecht modernisieren durch die in Frankreich immer noch nicht mögliche, aber in Deutschland sehr beliebte Briefwahl und die Stimmabgabe bis zu drei Tage vor den Wahlen. Außerdem sollen vermögensbedingte Vorteile bei der Finanzierung politischer Parteien durch »Demokratie-gutscheine« ausgeglichen werden. Diese Gutscheine stellen Gleichberechtigung her, indem jedem ein Guthaben zur Verfügung gestellt wird, das er einer politischen Gruppierung seiner Wahl zuweisen kann.

Des Weiteren plädieren die Sozialist_innen dafür, leere Stimmzettel (vote blanc) bei der Bestimmung des Wahlergebnisses mitzuzählen, um auf diese Weise den Akt der bewussten Nichtwahl von Wähler_innen, die immerhin noch den Weg zur Wahlurne auf sich nehmen, anzuerkennen. Dies könnte auch zu einer Reduzierung der Wahlenthaltung beitragen. Leere Stimmzettel werden dann zu den gültigen Stimmen hinzugezählt, was sich auf die Zulassung von Kandidat_innen zum zweiten Wahlgang und auf die von Beteiligungsquoten abhängige Verteilung von Mandaten auswirken wird. Zudem könnte die Wahl für ungültig erklärt werden, wenn die Zahl der leeren Stimmzettel 50 Prozent der abgegebenen Stimmen übersteigt.

Auf Ebene der Departements soll eine »Départementskonferenz für Bürgerbeteiligung« geschaffen werden. Deren Aufgabe wäre es, bewährte Verfahren der demokratischen Mitsprache zu sammeln und zu verbreiten. Dieses neue Gremium soll ein Instrument für Parlamentarier_innen sein, um durch Losentscheid zusammengesetzte Bürgerversammlungen in den Wahlkreisen einzurichten; deren Aufgabe wäre es, in Abstimmung mit dem Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (Conseil Économique, Social et Environmental – CESE), der neben der Nationalversammlung und dem Senat die dritte verfassungsrechtliche Versammlung Frankreichs ist und eine beratende Funktion ausübt, Änderungsanträge zu Gesetzen oder Gesetzesvorschläge der Bürger_innen vorzubereiten. Der CESE, der sich heute aus Vertreter_innen der Zivilgesellschaft zusammensetzt (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Vereine), soll in einen »Rat der Zivilgesellschaft« umgewandelt werden (worauf weiter unten noch eingegangen wird). Die »Departementskonferenz für Bürgerbeteiligung« soll die Möglichkeit haben, Bürgerkonvente auf lokaler Ebene einzuberufen. Auch soll sie Mandatsträger und Funktionär_innen von Gebietskörperschaften in Methoden der demokratischen Bürgerbeteiligung schulen, dies insbesondere bei der Umsetzung staatlicher Maßnahmen und bei Investitionsentscheidungen. Des Weiteren soll sie den Gebietskörperschaften bei demokratischen Befragungen jeglicher Art als unterstützendes Gremium zur Verfügung stehen.

Schließlich streben die französischen Sozialist_innen eine gesellschaftliche Transformation an, bei der sich die Bürger_innen durch demokratische Praktiken selbst aktiv einbringen. Sie treten für eine pluralistische und lebendige Demokratie ein, in der die Bürger_innen, Verbände und Gruppierungen mit ihrer Teilhabe, ihren Vorschlägen, aber auch als Kontroll- oder Gegenmacht, die wahren Akteure der Demokratie sind. Dazu soll ein Rahmengesetz verabschiedet werden, das sich mit der Rolle der lokalen und nationalen Mandatsträger, der sozialen Akteure und der Bürger_innen in den verschiedenen Phasen des Entstehungsprozesses öffentlicher Maßnahmen befasst: Dadurch soll eine »kontinuierliche, offene und geteilte« demokratische Entscheidungsfindung sichergestellt werden.

1.2 Gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger

Die Transformation der Staatsbürgerschaft beinhaltet auch, die bürgerschaftlichen Rechte auszuweiten. In der Absicht, die gesellschaftliche Kohärenz und Integration zu fördern, plädiert die Sozialistische Partei dafür, das Wahlrecht auf 16 Jahre herabzusetzen und des Weiteren Ausländer_innen die Möglichkeit zu geben, an lokalen Wahlen teilzunehmen. Darüber hinaus soll den Institutionen und dem bürgerschaftlichen Engagement ein größerer Stellenwert im Bereich des lebenslangen Lernens eingeräumt werden.

1.3 Demokratie mitgestalten

Definiert man Staatsbürgerschaft nicht mehr nur passiv, impliziert dies noch weitere Veränderungen. Frankreich hat in Sachen Geschlechterparität bedeutende Fortschritte gemacht und steht in dieser Hinsicht heute besser da als viele andere europäische Länder. Aber noch ist ein weiter Weg zu gehen, hin zu einer vollständigen Parität. Deshalb strebt die PS an, in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohner_innen das Paritätsprinzip bei den Wahllisten einzuführen und für die Exekutivspitzen und ihre Stellvertreter_innen eine zwischen Mann und Frau wechselnde Besetzung verpflichtend zu machen.

In Frankreich wird bislang sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene selten von der Möglichkeit eines Referendums Gebrauch gemacht. Dies wollen die Sozialist_innen ändern und erreichen, dass das Referendum zu einem »normalen« Mittel der Beteiligung wird. Das »Referendum auf gemeinsame Initiative«, eine neue Form des Referendums, die 2008 in Frankreich eingeführt wurde und auf einer von den Bürger_innen unterstützten parlamentarischen Initiative beruht, soll durch eine Neufestsetzung der Zahl der zur Ansetzung erforderlichen Stimmen leichter nutzbar gemacht werden. Daneben soll ein Referendum auf Bürgerinitiative eingeführt werden, das zwar von Bürger_innen eingeleitet werden kann, aber so gestaltet sein soll, dass rein »emotionale« Abstimmungen wie beim Brexit vermieden werden. Die Durchführung eines solchen Referendums soll dem Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE), dem zukünftigen »Rat der Zivilgesellschaft«, obliegen. Dieses neue Gremium wird das Zentrum der partizipativen Demokratie sein, indem es den französischen Bürger_innen ermöglicht, Änderungsanträge und Gesetzesvorschläge einzubringen.

Um die Demokratie lebendiger zu machen, tritt die PS dafür ein, die gleichzeitige Ausübung von verschiedenen Wahlmandaten zeitlich zu begrenzen, ein richtiges Statut für Mandatsträger einzuführen und die Rechte der Opposition auf lokaler und nationaler Ebene zu stärken, z.B. indem ihr mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden oder auch, indem man auf nationaler Ebene eine Schattenberichtersteller-Rolle für die Opposition bei der Diskussion der verschiedenen Gesetzestexte einführt.

2 MEHR PARLAMENTARISMUS, WENIGER PRÄSIDENTIALISMUS

Die französische Bevölkerung erwartet, dass das institutionelle Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive neu austariert wird. Die Machtausübung muss modernisiert und ein neues Gleichgewicht hergestellt werden. Auch innerhalb der Exekutive hat sich im Laufe der Zeit ein großes Ungleichgewicht eingestellt: Der Präsident hat an Macht gewonnen, die Regierung immer mehr Spielraum verloren, sodass der bzw. die Premierminister_in und die Minister_innen als bloße Vollstrecker_innen der Entscheidungen des Präsidenten erscheinen. Diese Entwicklungen müssen rückgängig gemacht und dem Parlament und dem CESE in seiner neuen Form ein größerer Stellenwert eingeräumt werden.

2.1 Demokratisierung und Entpräsidialisierung der Exekutivmacht

Für die Exekutive sollen neue Anforderungen festgelegt werden. Die Zugehörigkeit zur Regierung soll die zeitgleiche Ausübung eines lokalen Amtes ausschließen. Die Regierung soll zudem paritätisch besetzt sein und die Minister_innen sollen denselben Transparenzvorschriften unterliegen wie die Abgeordneten. Im Mittelpunkt der Regierung soll der bzw. die Premierminister_in stehen, der bzw. die aus der Parlamentsmehrheit hervorgeht und dessen bzw. deren Rolle in der Verfassung gestärkt werden soll: Er bzw. sie und nicht mehr die Regierung wäre es dann, der bzw. die damit beauftragt ist, »die Politik der Nation zu bestimmen und zu leiten«. Gleichzeitig sollen die derzeit bestehenden weitreichenden Befugnisse des Präsidenten abgeschafft, seine Kompetenzen zugunsten des bzw. der Premierminister_in beschränkt sowie seine Befugnis Ernennungen für die wichtigsten öffentlichen Ämter vorzunehmen eingeschränkt werden.

2.2 Stärkung des Parlaments: Der parlamentarischen Debatte wieder einen Sinn geben

Der »rationalisierte Parlamentarismus«, d.h. die Beschränkung der Befugnisse des Parlaments gegenüber der Exekutive, hat in Frankreich nur allzu deutlich seine Grenzen offenbart. Deshalb wollen die französischen Sozialist_innen die Gesetzestexte zu streichen, die die Handlungsmöglichkeiten der Abgeordneten begrenzen, wie z. B. Paragraph 40 der Verfassung, der die Initiativbefugnis der Abgeordneten in Finanzfragen einschränkt. Die sog. »Blockabstimmung«, mit der die Regierung einen Gesetzesvorschlag in einem Block und ohne die Möglichkeit von Änderungsanträgen zu den einzelnen Artikeln von der Nationalversammlung annehmen (oder ablehnen) lassen kann, soll abgeschafft werden. Das Gleiche gilt für Paragraph 49-3, mit dem der bzw. die Premierminister_in ohne Abstimmung im Parlament einen Text durchsetzen kann. Schließlich soll auch das Mittel der Präsidialerlasse stark beschränkt werden.

Um die parlamentarische Debatte zu stärken, sollen dem Parlament die Kontrolle über das Gesetzgebungsverfahren und neue Kontroll- und Bewertungsbefugnisse eingeräumt werden; dabei sollen auch die Rechte der Opposition respektiert werden, indem diese ihrerseits mit neuen Befugnissen

ausgestattet wird (wie die neue Funktion der »Schattenberichterstattung«).

2.3 Stärkung der Demokratie innerhalb der Institutionen: Der Rat der Zivilgesellschaft

Ziel ist es, den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE) in einen »Rat der Zivilgesellschaft« umzuwandeln. Dieser soll aus 300 Mitgliedern bestehen. Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (Verbände, Gewerkschaften) sollen immer die Hälfte der Versammlung ausmachen. Die andere Hälfte soll aus 150 Bürger_innen bestehen, die per Losentscheid für eine der Legislaturperiode des Parlaments entsprechende Amtszeit ausgewählt werden. Zusätzlich zu den Aufgaben des derzeitigen CESE soll der Rat der Zivilgesellschaft für die Durchführung von Referenden auf Bürgerinitiative zuständig sein, und zwar sowohl für die Auswahl der von den Bürger_innen eingereichten Vorschläge und die Sammlung der Unterschriften, die nach Bestätigung des Gegenstands für die Durchführung von Referenden erforderlich sind, als auch für die Erstellung des Informationsberichts vor der Abstimmung durch die Bevölkerung. Außerdem soll er von Bürger_innen eingereichte Vorschläge für Änderungsanträge zu Gesetzen und Gesetzesvorschläge entgegennehmen und an ihrer Ausarbeitung mitwirken.

3 SCHLUSSFOLGERUNG

In Frankreich könnte man meinen, dass die Veränderung der Institutionen eine vergebliche Aufgabe sei, solange die Bedürfnisse des täglichen Lebens für einen immer größeren Teil der Bevölkerung, der in Armut und Unsicherheit versunken ist, so enorm sind. Dennoch, auch ohne die Verbesserung der demokratischen Regeln als Ziel an sich zu betrachten, sind die französischen Sozialist_innen der Ansicht, dass die Umgestaltung des politischen Systems eine Voraussetzung für dessen Regeneration ist. Viel zu lange waren die demokratischen Institutionen in Frankreich fast ausschließlich so konstruiert, dass sie fast ausschließlich von der Logik der politischen Repräsentation geprägt waren. Ohne das Repräsentationsprinzip abschaffen zu wollen, ist die PS der Ansicht, dass die Rolle der französischen Bürger_innen ernst zu nehmen ist, indem ihnen wieder das Zentrum der politischen Dynamik zugestanden wird.

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Greef, Samuel; Olive, Alain; Pernot, Jean-Marie;
Sjölander, Johan; Toscano, Emanuele
Rechtsextreme Parteien und sozialer Dialog
Herausforderungen für Gewerkschaften in
Frankreich, Schweden, Italien und Deutschland
Paris, Mai 2022

Schreiber, Benjamin
Gewerkschaftsmonitor Frankreich
Paris, April 2022

Matonti, Frédérique
Der Verfall der politischen Medienberichterstattung
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Persico, Simon
Klima- und Umweltschutz
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Poulain, Sébastien
Kein Programm links von der Mitte
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich
Paris/Bonn, März 2022

Delaporte, Arthur
**Die Erneuerung der französischen
sozialistischen Partei**
Interne Demokratie und Mobilisierung der Aktivist*innen
Paris, März 2022

Lebourg, Nicolas
In Ablehnung vereint?
Rechte Parteien in Frankreich und ihr
Blick auf die Europäische Union
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Tiberj, Vincent
Rechtswende in Frankreich
Gibt es sie wirklich?
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie
Müde Gesellschaft
Ein psychisches und politisches Porträt
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime
**Europäische Souveränität: Kommentar zu den
Ergebnissen der Umfrage in Frankreich**
Berlin, 2022

Europäische Souveränität
Analysen zu einer Umfrage
Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique
Gewerkschaften und sozialer Dialog
Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie
Paris, Juni 2021

Maaß, Gero
Rolle vorwärts nach Corona
Können die europäischen Wiederaufbauprogramme
in eine Fortschrittskultur münden?
Paris, 2021

Kollektiv OPD2020
Deliberative Demokratie und Ökologie
Eine Bestandsaufnahme des französischen
Bürger_innenkonvents zum Klimaschutz
Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin
Gewerkschaftsmonitor Frankreich
Paris, März 2021

Caroline Roussy
Frankreich im Sahel
Warten auf die Europäische Union?
Paris, März 2021

Nicolas Leron
Regionale Ungleichheit in Frankreich
Debatten und politische Empfehlungen
Paris, Januar 2021

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Éric Kerrouche ist Senator der sozialistischen Partei in Frankreich.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog») und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.